

Sozialdemokrat

Zeitung der SPD Hessen-Süd

DER KOMMENTAR

WETTBEWERB DER BESTEN IDEEN



FOTO: PETER JULICH

Kaweh Mansoori
Vorsitzender des
Bezirks Hessen-Süd

Von den Regionalkonferenzen geht ein Signal des Aufbruchs aus. Die SPD ist seit ihrer Gründung eine Partei, die sich über Visionen für eine bessere Zukunft definiert. Wichtig ist, dass wir das in den Mittelpunkt der Konferenzen in den kommenden Wochen stellen. Mutige Vorschläge und wichtige Zukunftsdebatten müssen das sein, was die Menschen mit der SPD verbinden. Mit dem neuen Sozialstaatskonzept, das Anfang des Jahres vorgestellt wurde, sind wichtige Korrekturen an der Arbeitsmarktpolitik der 2000er Jahre vorgenommen worden. Weit darüber hinaus zeigt die SPD aber die Perspektive für einen modernen, handlungsfähigen und fördernden Sozialstaat auf. Gerade in Zeiten des Umbruchs müssen wir ein verlässliches soziales Netz schaffen, Lebensleistungen schützen, Weiterbildungsphasen und Unterbrechungszeiten im Arbeitsleben sozial absichern. Deswegen werden wir die Kandidatinnen und Kandidaten daran messen, wie sie den eingeschlagenen Weg für einen neuen Sozialstaat weitergehen wollen und welche Priorität sie unserem Markenkern einräumen. Der Weg zur Wahl einer neuen Parteispitze hat gerade erst begonnen. Und doch gibt es schon einen klaren Sieger: Den Wettbewerb um die besten Ideen.

Kaweh Mansoori

BRANDTS ERBE: DIE NOTWENDIGKEIT INTERNATIONALER SOLIDARITÄT

VON KARIMÉ DIALLO

Wer denkt Globalisierung, Umweltzerstörung, Migration oder Rüstungsexporte seien neuauftretende Herausforderungen und Themenfelder des 21. Jahrhunderts, der irrt. Bereits 1977 formulierte die unter Willy Brandt geleitete „Unabhängige Kommission für Internationale Entwicklungsfragen“ (auch „Nord-Süd-Kommission“ oder „Brandt-Kommission“) Leitlinien zur Überwindung der brennenden Probleme der Menschheit.

Willy Brandt identifizierte das „Nord-Süd-Problem“ als entscheidende Frage des 20. Jahrhunderts. Über die europäischen Grenzen hinausdenkend, konnte für Willy Brandt eine friedliche globale Weltordnung nur auf der Grundlage erträglicher und würdevoller Lebensbedingungen aller Menschen beruhen. Die Kommission zeichnete sich dadurch aus, dass allein zehn der 18 Mitglieder aus dem Globalen Süden stammten, um einen Appell an die Verantwortlichen dieser Welt zu richten und ihnen die Dringlichkeit des schwelenden Nord-Süd-Konflikts zu verdeutlichen. Der 1980 vorgelegte „Nord-Süd-Bericht“ (auch „Brandt-Bericht“) forderte eine Art „Weltinnenpolitik“ (Global Governance) und „internationale Regierung“. In einer internationalen Verantwortungs- und Schicksalsgemeinschaft könnten Probleme globalen Ausmaßes nur durch fairen Interessensausgleich, internationale Solidarität und eine aktive Steuerung der Globalisierung überwunden werden.

Der Mensch und seine Entwicklung im Zentrum

Seiner Zeit voraus, entwarf Brandt einen Entwicklungsbegriff, der sich nicht nur auf die Beseitigung von Armut und Ungerechtigkeit in Ländern des Globalen Südens beschränkte, sondern alle Gesellschaften einbezog. Der „Entwicklungsbegriff“ nach Willy Brandt setzte den Menschen sowie seine persönli-

ZUR PERSON



FOTO: PETER JULICH

Karimé Diallo
Die studierte Politologin (M.A.) Karimé Diallo ist seit 2019 Trainee bei der SPD Hessen-Süd. In ihrer Ausbildung wird sie auf eine hauptamtliche Funktion bei der SPD vorbereitet.

ERNEUERUNG Die 1977 unter Willy Brandt geleitete „Unabhängige Kommission für Internationale Entwicklungsfragen“ formulierte bereits vor über 40 Jahren Leitlinien zur Überwindung globaler Herausforderungen wie Umweltzerstörung, Energieknappheit und Armut. Der als Meilenstein gefeierte „Brandt-Bericht“ hat nichts an Aktualität verloren und wieder einmal zeigt sich: ein Blick in die Geschichte lohnt sich.

che Entwicklung und Entfaltung ins Zentrum und ging über ökonomische und materielle Güter hinaus. Erst im Zuge der aktuellen Klimadebatte und den damit verbundenen Diskussionen um „Alternative Wohlfahrtskonzepte“ erfuhren die im Kern sozialdemokratischen Ideen der „menschlichen Entwicklung“ und des „qualitativen Wachstumsbegriffs“ wieder wachsende Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit.

Dieses weitsichtige Dokument erschien in einer für die Sozialdemokratie und internationalen Kooperation äußerst ungünstigen Zeit. Der Kalte Krieg sowie der durch die Regierungen Reagan und Thatcher eingeleitete globale Politikwechsel erschwerte die internationale Kooperation in einer von nun an realpolitisch und wirtschaftsliberal geprägten Weltordnung. Erst 40 Jahre später nehmen die Vereinten Nationen in der Agenda 2030 und den dort verbrieften 17 UN-Zielen für nachhaltige Entwicklung das von Brandt konzipierte globale Entwicklungsverständnis auf. Durch ihren universellen und transformativen Anspruch nehmen sie erstmalig jenseits einer Unterscheidung nach „Entwicklungsstand“ alle Staaten gleichermaßen in die Pflicht.

Theorie vs. Praxis in einer neoliberalen Weltwirtschaftsordnung

Das in der Theorie anklingende Verständnis eines gewandelten „Entwicklungsbegriffs“ änderte jedoch nichts am praktischen Geschäft mit der „Entwicklung“, das sich in Zusammenarbeit mit einer Vielzahl von privaten, staatlichen und internationalen Hilfs- und Entwicklungsorganisationen zu einer milliarden schweren Großindustrie inklusive eines weltweiten Netzes aus sogenannten „ExpertInnen“ gemausert hat. Dieses System ist noch immer von einer jahrhundertlang verfestigten eu-

Fortsetzung des Artikels „Wo ist die internationale Solidarität geblieben?“ von Seite I

rozentrischen Vorstellung eines universalen Entwicklungsmodells, an deren Spitze Europa steht, geprägt. Dieses basiert auf der Annahme, dass alle Staaten universell gleiche Entwicklungsstufen durchlaufen. Dabei sollen Nationalstaaten des Globalen Südens „aufholen“, während der Globale Norden als Vorbild fungiert. Vor allem afrikanische Länder bleiben dabei Bittsteller, werden aus den entscheidenden politischen Gremien der G7/G8 oder G20 ausgeschlossen, und mit dem Abschluss von Freihandelsabkommen im Sinne eines ökonomischen „Fortschritts“ zur Öffnung ihrer Märkte gedrängt.

Aus einer postkolonialen Perspektive schreibt das Konzept der „Entwicklung“ globale Hierarchien fort, die die koloniale und rassistische Unterscheidung in „zivilisierte“ vs. „unzivilisierte Völker“ nunmehr in „entwickelte“

vs. „unterentwickelte“ Regionen übersetzt. Gleichwohl ist die klassische Entwicklungszusammenarbeit noch immer eine ungleiche Beziehung, in der Ströme an Information, Geldleistungen, Technologie und Wissen größtenteils vom Globalen Norden in den Globalen Süden verlaufen.

Die fehlende politische Antwort auf die Schicksalsfrage des 21. Jahrhunderts

Dass der ideologische Streifzug des Neo-Liberalismus und das Verständnis unserer Wachstumsgesellschaft vom vermeintlichen „Fortschritt“ in keinsten Weise zur Verbesserung globaler Probleme, sondern viel eher zu einer weiteren Prekarisierung und eigenen Existenzgefährdung führt, fordert der Klimawandel zu Tage. Durch den neuerdings aufkommenden Rückgriff auf Wissen und Konzepte vermeintlich „unterentwi-

ckelter“ indigener Völker wird das konstruierte Paradigma eines „fortschrittlichen“ Europas entlarvt.

Nach Jahrzehnten des Stillstandes warten die großen sozialen Zukunftsfragen und der „Nord-Süd-Konflikt“ noch immer auf politische Antworten, deren Nicht-Beantwortung in einem von Globalisierungsängsten getriebenen weltweit wachsenden Nationalismus ufer. Eine Kooperation auf Augenhöhe mit sozialdemokratischen Bündnispartnern und Schwesterparteien zur Schaffung einer gleichberechtigten, klimagerechten und nachhaltigen Weltordnung muss wieder zur grundlegenden Säule sozialdemokratischer Agenda werden. Alles was wir dafür tun müssen, ist Brandts Vision zu reaktivieren und sein Werk fortzusetzen. Denn Vergangenheit ist immer gegenwärtig. Und gerade so aktuell wie nie.

WAS IST „BEZAHLBARER WOHNRAUM“?

VON DIETRICH SCHWARZ

Für die deutschen Oberbürgermeister ist der akute Wohnraum-mangel nach einer aktuellen Umfrage des Deutschen Instituts für Urbanistik in Berlin derzeit die größte Herausforderung. 66 Prozent sehen den größten Handlungsbedarf bei der Bereitstellung von „bezahlbarem Wohnraum“ (difu-OB-Barometer 2019). Doch was ist überhaupt „bezahlbarer Wohnraum“?

Welche Wohnung sich ein Mieterhaushalt leisten kann, hängt bekanntlich vom verfügbaren Haushaltseinkommen und seiner Belastung mit Mietkosten ab. In 2017 lag die durchschnittliche Mietbelastung in Deutschland nach dem Wohngeld- und Mietenbericht 2018 der Bundesregierung (WMB) bei 29 Prozent des Haushaltsnettoeinkommens (WMB S.47). Eine Quote von 30 Prozent scheint sich in den Köpfen als vertretbare Belastung mit Wohnungskosten festgesetzt zu haben.

Die Mietbelastungsquoten als Verhältnis der bruttowarmen Mietausgaben zum Haushaltsnettoeinkommen fallen regional aber sehr unterschiedlich aus und sind nicht nur von der Zahl der Haushaltsmitglieder, der Größe der Wohnung und dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen einschließlich Sozialleistungen abhängig, sondern von der jeweiligen Höhe der Miete. In den angespannten Wohnungsmärkten der Ballungszentren und in Großstädten wie Frankfurt am Main ist das Mietniveau bekanntlich sehr viel

höher als im Bundesdurchschnitt. Das durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen liegt im Rhein-Main-Gebiet bei ca. 3100 Euro. Je nach Wohnungsgröße und Miethöhe muss eine Durchschnitts-Familie mit diesem Einkommen im Rhein-Main-Gebiet monatlich durchschnittlich um die 1000 Euro, also etwa ein Drittel des Einkommens für die Bruttowarmmiete aufbringen. Je niedriger aber das Einkommen, (einschließlich Sozialleistungen) und je kleiner der Haushalt ist, desto höher fällt in der Regel die Belastung mit Wohnungskosten aus.

Betrachten wir z.B. die finanzielle Situation einer dreiköpfigen Familie mit einem Nettoerwerbseinkommen von weniger als 2000 Euro, so hat diese Familie in Frankfurt bei Angebotsmieten (Wiedervermietungs-mieten) von um die

10,00 Euro/qm kaum eine Chance, sich mit angemessenem und für sie bezahlbarem Wohnraum zu versorgen. Denn nach Abzug der Wohnungskosten für die Bruttowarmmiete steht ihr gerade einmal der Regelbedarf für den Lebensunterhalt nach den Regelsätzen des Sozialgesetzbuchs (SGB) zur Verfügung, um ihre übrigen Lebenshaltungskosten bestreiten zu können. Ihre Belastung mit Mietkosten liegt in der Regel bei 40 Prozent. Bei alleinstehenden Rentnerhaushalten mit kleinen Renten und bei Haushalten von alleinerziehenden Personen mit niedrigem Einkommen fallen die Mietbelastungsquoten trotz Sozialleistungen eher noch höher aus. Die Wohnkostenbelastung größerer Haushalte liegt dagegen aufgrund ihres geringeren Wohnflächenverbrauchs pro Kopf etwas niedriger als bei kleineren Haushalten. Wie auch der Wohngeld- und Mietenbe-



FOTO: ADOBE STOCK/ WILLIAM W. POTTER

WIR TRAUERN

PETRA FUHRMANN

* 19. Oktober 1955
† 22. Juli 2019



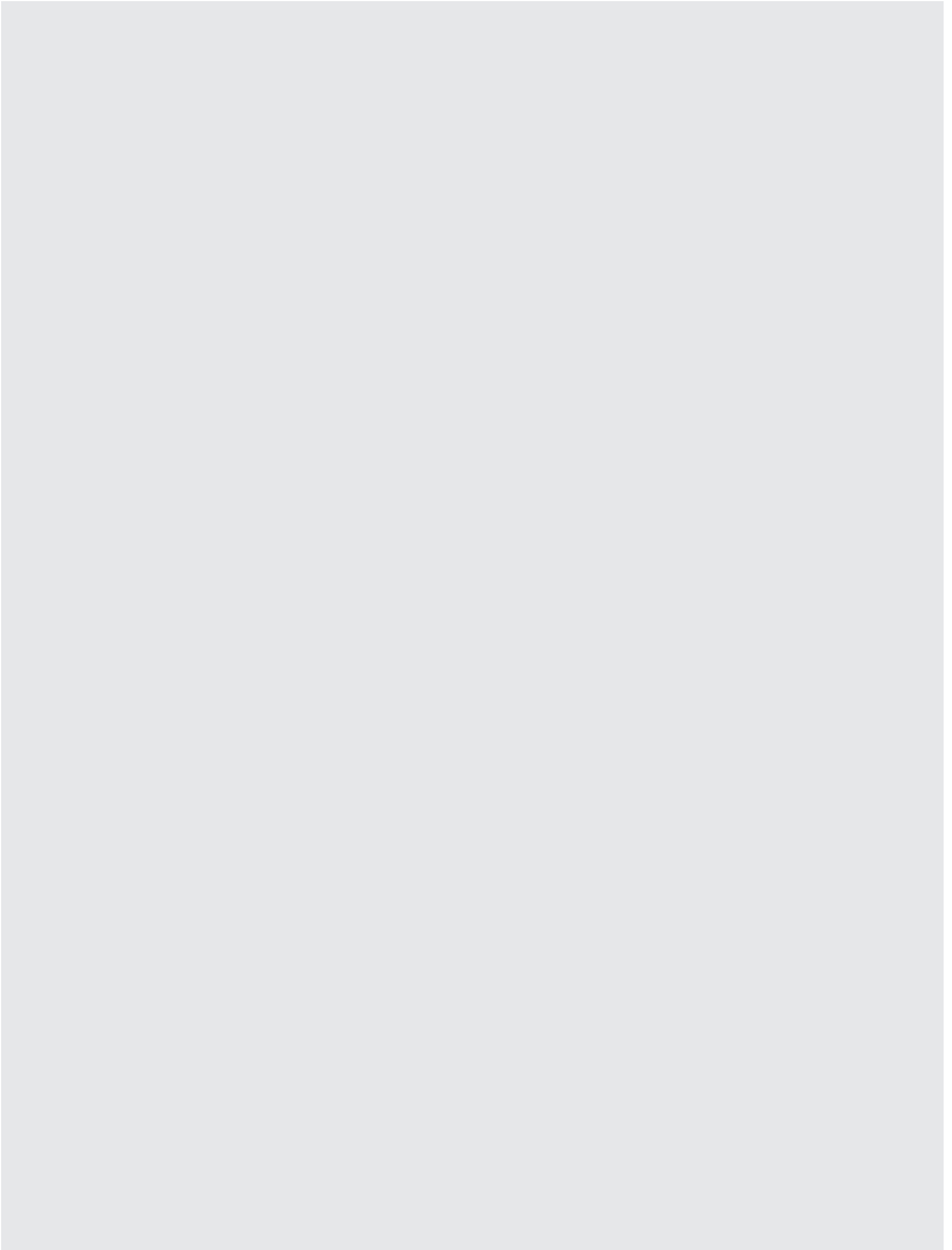
Eine Kämpferin für Gleichstellung und soziale Gerechtigkeit ist viel zu früh von uns gegangen.

Wer sie kannte, weiß, was wir verloren haben, sie hat gekämpft bis zum Ende.

Ihr besonderes Engagement galt der Gleichstellungs- und Sozialpolitik. Mehr als 20 Jahre kämpfte sie im Bezirksvorstand der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratische Frauen Hessen-Süd für eine bessere gesellschaftliche und politische Stellung von Frauen, davon 15 Jahre als Vorsitzende. Ihr ganzes berufliches Leben lang – ob als Frauenbeauftragte in Wiesbaden, als Leiterin des Parlamentsreferats des Hessischen Ministeriums für Frauen, Arbeit und Sozialordnung (1991-1994), ob als Landtagsabgeordnete (1994-2014) oder im Kreistag im Hochtaunus - galt ihr Kampf immer der sozialen und gesellschaftlichen Gerechtigkeit. Sie war aufrichtig und freiheitsliebend, streitbar und herzlich, eine treue Weggefährtin und eine gute Freundin.

Wir haben einen wunderbaren Menschen verloren. Wir vermissen sie sehr.

SPD-Bezirk Hessen-Süd
ASF Hessen-Süd
ASF Hessen-Nord



Fortsetzung des Artikels „Was ist Bezahlbarer Wohnraum?“ von Seite II

WAS IST „BEZAHLBARER WOHNRAUM“?

richt 2018 einräumt, werden Haushalte mit „Armutgefährdung“, also mit einem Einkommen von weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens, mit Wohnungskosten von 43 Prozent überdurchschnittlich hoch belastet (WMB S.48, Anlage 4).

Was unter „bezahlbarem Wohnraum“ zu verstehen ist, kann deshalb nicht nach willkürlichen prozentualen Anteilen der Wohnungskosten am Nettohaushaltseinkommen bemessen werden, sondern danach, was den Mieterhaushalten nach Abzug der Wohnungskosten noch zum Leben verbleibt! Die Wohnungskosten einer dreiköpfigen Familie (mit zwei Erwachsenen und einem Kind) werden bis zu einem monatlichen Nettoeinkommen von ca. 1700 Euro in „angemessener“ Höhe ganz oder teilweise als Kosten der Unterkunft (KdU) aus Mitteln der Grundsicherung nach SGB übernommen (sog. „Aufstocker“). Diesen Familien bleibt nach Abzug der Wohnungskosten nur das zum Leben, was nach den Regelsätzen des SGB als zur Existenzsicherung notwendig angesehen wird, also ca. 1100 Euro im Monat. Wer dagegen keinen Anspruch mehr auf die Übernahme der Kosten der Unterkunft hat, weil das Nettoeinkommen der besagten dreiköpfigen Familie über dem Regelbedarf liegt, kann sich in Frankfurt und Umgebung – wenn für die übrigen Lebenshaltungskosten nur die Regelsätze angesetzt werden – eine Wohnung zu den üblichen Marktmieten nicht mehr leisten. Diese

Familien können nur darauf hoffen, eine preisgünstige Sozialwohnung zu finden, müssen ihren Wohnflächenbedarf reduzieren oder in die weitere Umgebung von Frankfurt ziehen.

Legt man ein durchschnittliches Nettoerwerbseinkommen von monatlich ca. 3100 Euro im Rhein-Main-Gebiet zugrunde, fallen alle Haushalte mit einem Einkommen von weniger als 1900 Euro unter die „Armutsgrenze“ von 60 Prozent des mittleren Haushaltsnettoeinkommens. Das sind etwa ein Drittel aller Haushalte und fast die Hälfte aller Mieterhaushalte, angesichts des Mangels an „bezahlbarem“ Wohnraum ein dramatischer Befund! Es lässt sich deshalb mit gutem Grund behaupten, dass von dem Mangel an preisgünstigen Wohnungen in Ballungszentren inzwischen wieder „breite Schichten der Bevölkerung“ betroffen sind.

Tatsache ist, dass Haushalte mit einem Erwerbseinkommen von bis zu 2000 Euro wegen eines Mietniveaus, das seit Langem höhere Steigerungsraten als die Gehaltsentwicklung erreicht, gezwungen sind, sich für den Bezug einer familiengerechten Wohnung, die nach den Bestimmungen der öffentlichen Wohnungsbauförderung für eine dreiköpfige Familie 72 qm groß sein darf, mit dem Regelbedarf des ALG II zu begnügen oder sich eine kleinere Wohnung zu suchen. Die Begrenzung der nach Abzug der Wohnungskosten verbleibenden Lebenshaltungskosten auf den

zur Existenzsicherung notwendigen Regelbedarf darf aber nicht als Maßstab für die „Bezahlbarkeit“ von Wohnraum herhalten. So blieben beispielsweise der dreiköpfigen Familie eines Busfahrers, dessen Nettoeinkommen auch in Frankfurt kaum höher als 2500 Euro liegt, wenn etwa die Ehefrau noch einer Teilzeitbeschäftigung nachgeht, nach Abzug der Wohnungskosten für den übrigen Lebensunterhalt monatlich noch ca. 550 Euro über dem Regelsatz.

Das Beispiel zeigt, dass auch Haushalte mit mittleren Einkommen bis zu einer Einkommensobergrenze von 2.900 Euro, das nach den Hessischen Wohnbauförderprogrammen im Fall einer dreiköpfigen Familie noch zum Bezug einer öffentlich geförderten Wohnung berechtigen würde, im Rhein-Main-Gebiet zunehmend mit überdurchschnittlich hohen Wohnungskosten belastet werden. Je nach Höhe der staatlichen Förderung und der kommunalen Mitfinanzierung wirken sich die geringeren Mieten öffentlich geförderter Wohnungen zwar erheblich auf die Belastung der Haushalte mit Mietkosten aus. Bei einem Nettoeinkommen von 2900 Euro blieben der dreiköpfigen Familie in einer öffentlich geförderten Wohnung nach Abzug der Wohnungskosten monatlich immerhin etwa 1100 Euro über dem Regelsatz für den Lebensunterhalt zur Verfügung.

Der Artikel wird in der nächsten Vorwärts-Ausgabe im Oktober fortgesetzt.

SPEEDMEETING ZUR POLITISCHEN ARBEIT

Am Samstag, 28. September von 14:00 - 17:00 Uhr im SPD Parteihaus
Fischerfeldstr. 7-11, 60311 Frankfurt

Die an den Bezirk Hessen-Süd angegliederten Arbeitsgemeinschaften und Fachgruppen laden herzlich zur Vorstellung ihrer politisch-inhaltlichen Arbeit ein. Nach den sehr positiven Rückmeldungen der letzten Infoveranstaltung für Neu-Mitglieder wollen wir diesen wichtigen Austausch fortführen. Jede und Jeder ist willkommen, die unterschiedlichen Arbeitsgemeinschaften, Foren und Arbeitskreise besser kennenzulernen.

In den verschiedenen Arbeitsgemeinschaften, Arbeitskreisen und Foren finden Genossinnen und Genossen mit gleichen Interessensgebieten oder aufgrund ihrer persönlichen Eigenschaf-

ten wie Alter oder Geschlecht zusammen. Sie bieten neben der klassischen Parteiarbeit weitere Möglichkeiten, sich auszutauschen und sein eigenes Fachwissen einzubringen. Diese Gremien betreuen einzelne Politikfelder und Gruppen und bringen Themen sowie Positionen in die Diskussion in Form von Anträgen in die Partei ein.

Das Grußwort hält unser Bezirksvorsitzender Kaweh Mansoori. Kaffee und Kuchen sorgen für das leibliche Wohl und laden überdies zum gemeinsamen Beisammensein ein. Unsere Kinderbetreuung und die Spielecke sorgen für Spaß und Unterhaltung bei den Kleinen.

Wir bitten um Anmeldung zur Veranstaltung über folgenden Link <https://www.spdhessensued.de/termin/info-boerse/> bis spätestens 23.09.2019 oder unter Tel.:069-299888-340.



Das Speedmeeting im vergangenen Jahr erfreute sich großer Beliebtheit.

TERMINE

SPD-BEZIRK HESSEN-SÜD

11.10.19
AK Landwirtschaft und ländlicher Raum: Exkursion auf den Odenwälder Bauernmarkt
Treffen mit örtlichen Landwirten und Vermaktern
16 Uhr, Erbach

AKADEMIE FÜR KOMMUNALPOLITIK HESSEN e.V. (AFK)

25.09.19 Energie und Kraft durch gesunden Schlaf, 18:00-21:00 Uhr, Wiesbaden

28.09.19 Social Media in der Kommunalpolitik, 10 Uhr, Frankfurt

07.10.19 in Frankfurt +
24.10.19 in Gießen
Ländlicher Raum - Dörfer vor Städtedeflucht mit nachhaltigen Konzepten bewahren, 18:00 - 21:00 Uhr, Frankfurt

Anmeldung unter Tel. 0611 3601176, E-Mail: info@afk-akademie.de oder im Internet unter www.afk-akademie.de

SOZIALDEMOKRATISCHE GEMEINSCHAFT GEMEINSCHAFT FÜR KOMMUNALPOLITIK E.V. (SGK)

19.09.19 Treffen SGK netzwerk Frauen: „Digitalisierung - Angriff auf die Gleichberechtigung?“ 19 Uhr, Frankfurt

FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG HESSEN

20.09.19 Engagement im Ehrenamt: Lebendige Moderation, Seminar, Steinbach

25.09.19 Risse in der Republik: Friedrich Ebert als Reichspräsident, Podiumsdiskussion, Frankfurt

26.09.19 Die SPD der Zukunft - eine Partei und Herausforderungen, Podiumsdiskussion, Frankfurt

Anmeldung: Tel. 0611 341415-0, E-Mail: landesbuero.hessen@fes.de oder Internet www.fes.de/hessen

IMPRESSUM

Informationsorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands – Bezirk Hessen-Süd
Herausgeber: Kaweh Mansoori
Redaktion: Christiane Gregor
Fischerfeldstr. 7-11
60311 Frankfurt am Main
Tel. 069 299888-120